

II-M854 der Beilagen zu den **Stenographischen Protokollen**
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

GZ 10.000/87-Parl/93

Wien, 13. Dezember 1993

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

5351/AB

1993-12-14

zu 5434 U

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 5437/J-NR/93, betreffend Effizienzsteigerung der Schulpolitik, die die Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pable und Genossen am 20. Oktober 1993 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Sind Ihnen diese Umfragedaten bekannt?

Antwort:

Die genannte Umfrage ist mir im Detail nicht bekannt. Es wird auch nicht zitiert, um welche Umfrage (unter den vielen Umfragen, die von Schülervertretern gemacht werden) es sich handelt. Die in der Anfrage genannten Ergebnisse entsprechen nach meinen Erfahrungen jedoch durchaus dem Meinungstrend von Schülervertretern.

2) Werden Sie trotz der mehrheitlichen Befürwortung des Notensystems durch die Betroffenen weiterhin für dessen Abschaffung eintreten?

Wenn ja, warum?

Antwort:

An eine generelle Notenabschaffung, im gegenständlichen weiten Sinn der Fragestellung, ist selbstverständlich nicht gedacht! Eine umfassende Beschäftigung mit Schulentwicklungsfragen muß

- 2 -

sich auch mit alternativen Beurteilungskonzepten schulischer Leistung beschäftigen. In diesem Zusammenhang soll nicht verschwiegen werden, daß einige nationale und internationale Erfahrungen dafür sprechen, etwa im Einstiegsbereich der Grundstufe die gegenwärtige Notenbeurteilung einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

3. Was werden Sie unternehmen, um dem Wunsch nach besserer Berufs- bzw. Studienvorbereitung im Unterricht nachzukommen?

Antwort:

Ausgehend von der Annahme, daß es sich bei den befragten Schulsprechern um AHS-Schulsprecher gehandelt hat, ist festzuhalten, daß die AHS gemäß Schulorganisationsgesetz die Aufgabe hat, den Schülern eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen. Im Gegensatz zu den berufsbildenden höheren Schulen gehört die Berufsvorbereitung derzeit nicht zu den unmittelbaren Aufgaben der allgemeinbildenden höheren Schulen.

Gerade im Bereich der verbesserten Universitätsvorbereitung sind in letzter Zeit eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen worden. Besonders die Möglichkeit des Verfassens einer Fachbereichsarbeit oder die neue Form der Reifeprüfung mit Kern- und Spezialfrage zielen in diese Richtung.

4. Welche Schritte planen Sie, um den Kauf von unnötigen und nie verwendeten Schulbüchern im Rahmen der Gratis-Schulbuchaktion zu vermeiden?

Antwort:

Durch eine knappe Bemessung der Limits, die für die Schulbuchkosten pro Schüler/in festgelegt werden, wird die Bestellung

- 3 -

von Büchern, die nicht unbedingt im Unterricht oder für die häusliche Arbeit benötigt werden, sehr erschwert.

Um den tatsächlichen Bedarf an Schulbüchern besser erheben zu können, werden die Schulbuchkonferenzen für das Schuljahr 1994/95 im März 1994 durchgeführt. Dann können sowohl die Schülerzahlen aufgrund der bis dahin erfolgten Anmeldungen als auch die provisorische Lehrfächerverteilung für die Schulbuchbestellungen herangezogen werden. Durch die verbesserte Möglichkeit der Einführung verschiedener Werke in Parallelklassen ist eine bessere Nutzung der Bücher im Unterricht zu erwarten.

5. Auf welche Weise werden Sie dem Wunsch nach einer stärkeren Begabtenförderung nachkommen?

Antwort:

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die starke Betonung der Begabtenförderung international gesehen von jenen Ländern den Ausgang nahm, die über ein wenig differenziertes Schulwesen verfügten. Aufgrund des stark differenzierten österreichischen Schulwesens mit einer großen Zahl von Sonderformen zur Förderung spezieller Begabungen, mit einem großen Angebot an Freigegegenständen und Unverbindlichen Übungen und den Wahlpflichtgegenständen an der Oberstufe der AHS, ist die Situation in Österreich differenzierter zu sehen, auch im Rahmen der Schulautonomie eröffnen sich für die Förderung von Begabungen weitere Möglichkeiten.

6. Können die Schüler sichergehen, daß die von ihnen offensichtlich nicht gewünschte Gesamtschule nicht eingeführt wird, bzw. daß auch nicht versucht wird, sich durch diverse

- 4 -

Maßnahmen an eine solche Schulform anzunähern? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Die Frage unterschiebt die Absicht, daß Schulreform unter Umgehung jeweiliger gesellschaftlicher Übereinkommen (Gesetze etc.) betrieben würde, was umso unverständlicher ist, als die AnfragestellerInnen in jenem Gremium angesiedelt sind, wo solche Entscheidungen getroffen werden.

Grundsätzlich sei jedoch festgehalten, daß sich die Schule in einer sich permanent wandelnden Gesellschaft nicht vor Veränderungen verschließen kann. Eine demokratische Gesellschaft eröffnet in diesem Zusammenhang jeder Interessensgruppe, ihre Vorstellungen in die Schulentwicklungsdiskussion einzubringen. Davon können auch nicht solche schulischen Organisationsformen ausgenommen werden, bei denen der vordergründig ideologisch unterlegte Verdacht besteht, daß die "versteckte" Einführung einer Gesamtschule angestrebt würde.

